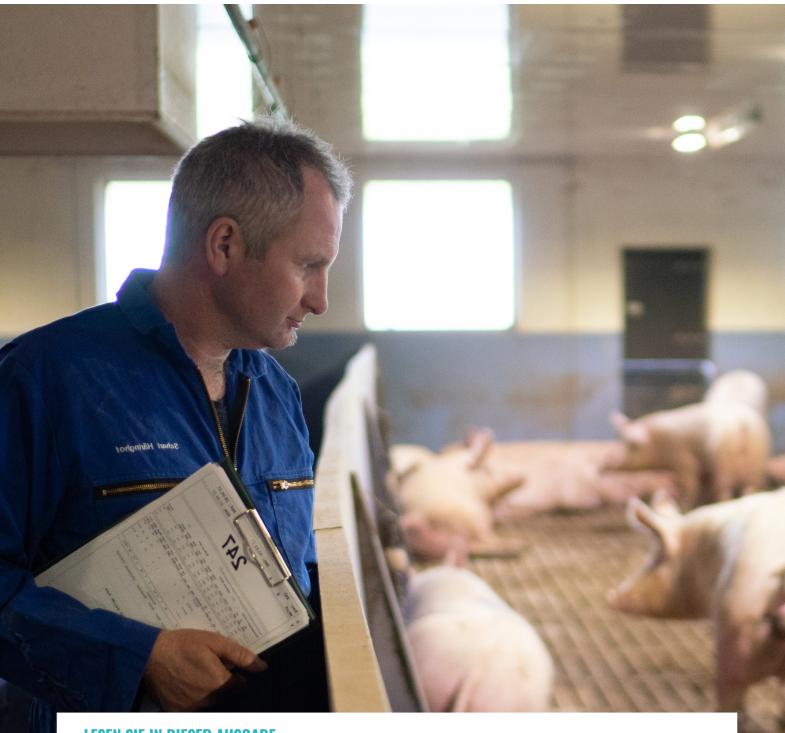


### INSIGHTS

Politikbrief der Initiative Tierwohl

2022-02



### **LESEN SIE IN DIESER AUSGABE:**

Wie ein Gesetz unser Tierwohl gefährdet >> S. 3 10 Mythen über die staatliche Tierhaltungskennzeichnung >> S. 5 Subsidiarität und Leistungsfähigkeit der Wirtschaft – Interview mit Wolfgang Steiger >> S. 7 **Kurzmeldungen** >> S. 9



### LIEBE LESERINNEN UND LESER,

in der vergangenen Ausgabe unseres Politikbriefs schrieben wir mit Blick auf die Pläne der Bundesregierung: Es tut sich etwas. Einige Monate später muss man allerdings sagen: leider nicht zum Guten.

Der Entwurf des geplanten Gesetzes zur Einführung einer verbindlichen Tierhaltungskennzeichnung (TierHaltKennzG) wird das Tierwohl nicht fördern, sondern gefährden. Obwohl in den meisten Gesprächen der Eindruck erweckt wird, dass mit dem Gesetz das Tierwohl gefördert wird, geht es vielmehr darum, den Status quo zu kennzeichnen. Die vom Ministerium für Landwirtschaft und Ernährung geplante staatliche Kennzeichnung wird die etablierten Labels der Wirtschaft – die nachweislich mehr Tierwohl bieten – auf frischem Schweinefleisch verdrängen, damit die Verbraucher verwirren und die heimischen Tierhalter benachteiligen. Was sonst noch gegen

den Entwurf aus dem Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft spricht, erfahren Sie in dieser Ausgabe.

So viel sei schon verraten: Wir haben uns auf die wichtigsten Punkte konzentriert. Wer mehr wissen möchte, kann die 33 Stellungnahmen der verschiedenen Organisationen und Verbände lesen, die ihren Unmut zum Gesetz auf über 180 Seiten kundgetan haben; das BMEL hat diese auf seiner Homepage veröffentlicht.

Der Entwurf des Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes ist ohne Berücksichtigung der Kritikpunkte vom Kabinett abgesegnet worden und gelangt demnächst zur Beratung in den Bundestag. Anfang November hat der Ausschuss für Agrarpolitik und Verbraucherschutz des Bundesrates mit deutlicher Mehrheit den Gesetzentwurf abgelehnt. Auch wenn es im Plenum des Bundesrates am 25. November eine grundsätzliche Zustimmung gab, fanden 58 Änderungsanträge eine Mehrheit bei den Bundesländern. Die Politiker im Bundestag sollten die deutlichen Kritiken an dem Gesetz aufnehmen und das Ministerium zu den entsprechenden Änderungen drängen.

Wir von der Initiative Tierwohl sind eindeutig gegen so gestalteten staatlichen Paternalismus und setzen auf Eigenverantwortung nach dem Subsidiaritätsprinzip. Dessen Werte leiten uns. Für all jene, die noch nach einem solchen Kompass suchen:
Wolfgang Steiger vom Wirtschaftsrat der CDU erklärt das Prinzip in einem Experteninterview in dieser Ausgabe und sagt, warum es so wertvoll ist und die Bundesrepublik geprägt hat.

Mut machen aber nicht nur Wolfgang Steigers Plädoyer für die Eigenverantwortung, sondern wie immer unsere ITW-Kurznews, die einmal mehr zeigen: Die Initiative Tierwohl macht ihren Job im Dienste von Landwirten und Tieren – und das seit Jahren erfolgreich!

Wir wünschen Ihnen eine inspirierende Lektüre und freuen uns sehr, wenn Sie mit uns in den Dialog treten. Sie erreichen mich unter: robert.roemer@initiative-tierwohl.de

Herzliche Grüße aus Bonn sendet Ihnen

Robert Römer



Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat den Entwurf eines verpflichtenden **Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes** vorgelegt; das Kabinett hat den Entwurf verabschiedet. Das geplante **Gesetz soll Verbrauchern eine** "verbindliche und transparente" Information über die Haltungsform der Tiere ermöglichen, bevor sie Fleisch kaufen. Die Initiative Tierwohl, die bereits vor Jahren eine transparente und erfolgreiche Kennzeichnung am Markt eingeführt hat, lehnt das Gesetz in seiner jetzigen Fassung entschieden ab. Und das hat gleich mehrere Gründe:

Erstens: Durch die Beschränkung der Kennzeichnungspflicht auf inländisches Schweinefleisch, ohne Berücksichtigung der Sauenhaltung und Ferkelaufzucht, drohen erhebliche Nachteile im Wettbewerb mit Tierhaltern und Ware aus dem Ausland. Weite Teile der Lebensmittel, die im Ausland hergestellt werden, bleiben hierzulande unberücksichtigt und können so ggf. unter niedrigeren Standards produziert und ohne Kennzeichnung vermarktet werden. Die Systeme der Wirtschaft sind berechtigt und in der Lage, die ausländischen Betriebe zu überprüfen, sofern statt der im Gesetz vorgesehenen Beleihung eine Beauftragung von Organisationen der Wirtschaft ermöglicht wird. Eine deutsche Behörde ist nicht in der Lage, im Ausland eine Vor-Ort-Kontrolle durchzuführen. Private Tierwohllabel - wie die Initiative Tierwohl - können diese Aufgabe übernehmen. Staat und Wirtschaft müssen hier gemeinsam dafür sorgen, dass eine Umgehung der Regeln zur Kennzeichnung verhindert wird, indem zum Beispiel die Schlachtung ins Ausland verlagert wird.

Zweitens: Eine weitere Benachteiligung von deutschen Schweinehaltern droht bei der Überprüfung der Genehmigungsvoraussetzungen und dem damit verbundenen Nachweis zur Erfüllung der Anforderungen. Hierfür müssen, wie bei den ausländischen Betrieben, aktuelle Nachweise und Zertifikate aus den privatwirtschaftlich organisierten Programmen akzeptiert werden. Die zuständige Behörde könnte sich die Kontrolle der Standards und Programme sowie der an ihnen teilnehmenden Betriebe und Unternehmen weiterhin vorbehalten. Neben einer kosteneffizienten Umsetzung wären dadurch auch Kontrollen im Ausland einfach möglich.

**Drittens:** Die Schutzzone für die vorgesehene Kennzeichnung mit den entsprechenden Ausführungen erweckt den Eindruck, dass das markteingeführte, bekannte und kontrollierte



Zeichen der Wirtschaft und des Handels von den Verpackungen der Produkte verdrängt werden soll. Somit verlieren über 10.000 Schweinehalter in der Initiative Tierwohl die Planungssicherheit und Orientierung, die sie bisher erhalten haben.

Viertens: Der aktuelle Gesetzentwurf ist nicht geeignet, einen erfolgreichen Umbau der Nutztierhaltung in Deutschland zu bewirken, da nicht hinreichend gesichert ist, dass für Produkte aus höheren Haltungsformen – insbesondere in der Stufe "Stall+Platz" - ausreichend Mehrerlöse am Markt erzielt werden können. Das Ziel, ein angemessenes Einkommen für Landwirte in der Stufe zu erzielen, kann nur erreicht werden, wenn auch der Initiative Tierwohl eine entsprechende Rolle neben der staatlichen Tierhaltungskennzeichnung zuteilwird. Wenn es die Initiative Tierwohl nicht mehr gäbe, würde vielen Landwirten die Möglichkeit fehlen, ihr Tierwohl-Engagement zu vermarkten. Damit fällt das Tierwohl auf das gesetzliche Minimum zurück. Gut 27 Millionen Mastschweine und 15 Millionen Ferkel würden somit künftig unter schlechteren Bedingungen gehalten.

<sup>1</sup>forsa-Befragung im Auftrag der ITW, 2022

Der Entwurf des Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes in der aktuellen Version ist ein massiver Rückschritt für das Tierwohl in Deutschland! Im Bundesrat sind 58 Änderungsvorschläge zu dem Gesetzentwurf mit entsprechender Mehrheit verabschiedet worden. Diese müssen im parlamentarischen Verfahren berücksichtigt werden.

### DER SCHLÜSSEL ZUM ERFOLG LIEGT IN DER ZUSAMMENARBEIT VON STAAT UND WIRTSCHAFT

Das erfolgreiche Programm der Initiative Tierwohl bietet vielen Landwirten die Möglichkeit, sich für Tierwohl zu engagieren und entsprechend honoriert zu werden. Die Verbraucher kennen und schätzen das Tierwohl-Siegel. Bei 92 Prozent¹ der Verbraucher, die die Initiative Tierwohl kennen, findet das Konzept hohe oder sehr hohe Zustimmung – kein anderes Tierwohl-Programm ist so breit im Markt verankert.

Zusätzlich zum Tierwohl-Siegel hat die ITW bereits 2019 die Haltungsform-Kennzeichnung eingeführt. 68 Prozent¹ der Verbraucher kennen die vierstufige

Kennzeichnung und orientieren sich daran beim Einkauf von Fleisch und Fleischwaren. All das ist durch das vorgelegte Tierhaltungskennzeichnungsgesetz akut gefährdet!

### **FAZIT**

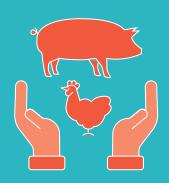
Wir brauchen in diesen unsicheren Zeiten mehr denn je Planungs- und Investitionssicherheit: Für die Landwirte, die damit eine realistische Chance erhalten, höhere Standards einzuführen. Für die Verbraucher, damit sie auf einen Blick wissen, welches tierische Produkt (und dazu zählt nicht nur Frischfleisch) aus einer bestimmten Haltungsform stammt. Und natürlich für die Tiere, die unmittelbar von höheren Tierwohl-Standards profitieren. Denn je mehr Produkte mit entsprechender Kennzeichnung vermarktet werden können, desto mehr Tiere profitieren von mehr Tierwohl. Das schaffen wir nur gemeinsam. Die Initiative Tierwohl freut sich auf einen konstruktiven und zielorientierten Austausch!

# 10 MYTHEN ÜBER DIE STAATLICHE TIERHALTUNGSKENNZEICHNUNG – EIN FAKTENCHECK

1

### EINE STAATLICHE KENNZEICHNUNG IST VERTRAUENSWÜRDIGER.

Schon jetzt finden Kontrollen staatlicherseits im Durchschnitt seltener als einmal in zehn Jahren statt. In der privaten Wirtschaft viel öfter. Bei der ITW zweimal in jedem (!) Jahr.



2

### DIE STAATLICHE KENN-ZEICHNUNG SCHAFFT MEHR TRANSPARENZ.

Dadurch, dass verarbeitete Ware nicht gekennzeichnet wird, entsteht viel mehr Verwirrung am Markt. Schweinefleisch wäre manchmal gekennzeichnet, manchmal nicht, und auf Fleisch anderer Tierarten wären komplett andere Kennzeichen zu sehen.

3

### DIE STAATLICHE KENN-ZEICHNUNG FÜHRT ZU MEHR TIERWOHL.

Auch hier stimmt das Gegenteil. Die staatliche Kennzeichnung würde viele private Tierwohl-Programme aus dem Markt drängen und dadurch das Engagement, das von diesen aufgebaut wurde, zunichtemachen.

Das Tierwohl-Niveau im Allgemeinen würde sinken.

4

### DIE STAATLICHE KENN-ZEICHNUNG HILFT DEN DEUTSCHEN LANDWIR-TEN.

Das Gegenteil ist der Fall.
Deutsche Landwirte werden
im Vergleich zu den Schweinehaltern im Ausland benachteiligt. Ausländische Betriebe können von deutschen
Behörden nicht kontrolliert
werden, und die bisherigen
Tierwohlprogramme, die international für vergleichbare
Bedingungen sorgen können,
werden verdrängt.



### **ES BESTEHT DER BEDARF EINER** ZUSÄTZLICHEN KENN-ZEICHNUNG.

Die etablierte Haltungsform-Kennzeichnung des Handels weist hohe Bekanntheit und hohe Akzeptanz vor. Laut repräsentativer forsa-Befragung kennen fast 70 Prozent der Deutschen die Haltungsform-



### **DIE STAATLICHE KENN-ZEICHNUNG IST EIN-FACH UND** KOSTENGÜNSTIG.

Das stimmt nur in der Theorie. Für die Bundesländer, die voraussichtlich für die Kontrollen der Betriebe verantwortlich wären, und für die beteiligten Landwirte wäre es ein riesiger Bürokratieaufwand, Auch für den Staat würde der notwendige Organisationsaufwand sehr hohe Kosten verursachen.

### **ES IST WICHTIG. DASS ZUALLERERST IM** LEBENSMITTELEINZEL-HANDEL (LEH) MEHR TIFRWOHI ANGEBOTEN WIRD.

Nein, das stimmt so nicht. Denn der LEH ist bereits seit Jahren in der Initiative Tierwohl sehr aktiv. während Gastronomie und Großhandel in der Richtung wenig unternehmen. Hier aber setzt der Staat noch gar nicht an. Der LEH hat im Rahmen der Initiative Tierwohl das Niveau des Tierwohls bei 90 Prozent des Geflügels und bei 70 Prozent der Schweine bereits auf Haltungsform-Stufe 2 angehoben, während die Gastronomie noch nicht einmal ein System zur Messung des Tierwohl-Niveaus etabliert hat. Hier aber bietet das staatliche Tierwohlkennzeichen keine Lösung an.

### **EINE STAATLICHE** HALTUNGSKENNZEICH-**NUNG IST WEGWEISEND** FÜR EUROPA.

Im Gegenteil: Ein deutscher Alleingang schafft im europäischen Kontext Wettbewerbsnachteile und ist kein Beitrag zu einer einheitlichen europäischen Regelung.

### **VERBRAUCHER GEBEN** MEHR GELD FÜR TIER-**WOHL AUS, WENN EINE** STAATLICHE KENN-ZEICHNUNG KOMMT.

Irrtum. Zwar wünschen sich Verbraucher seit vielen Jahren mehr Tierwohl, und rund 90 Prozent geben in Umfragen regelmäßig an, mehr Geld bei entsprechendem Angebot ausgeben zu wollen. Doch nur ein kleiner Teil der Verbraucher tut dies auch wirklich. Bei einer Studie der Hochschule Osnabrück von 2019 haben sich Dreiviertel der Befragten für das günstigste Angebot entschieden, obwohl Tierwohl-Ware lediglich 30 Cent teurer gewesen wäre und Bio Ware als Alternative daneben lag.<sup>2</sup>

### **ES GIBT SO VIELE** TIERWOHLLABEL. ES WIRD ZEIT, DASS DER STAAT ORDNUNG FÜR **DEN VERBRAUCHER** SCHAFFT.

Das ist im Lebensmitteleinzelhandel längst geschehen, und zwar durch die Haltungsform-Kennzeichnung. Eine staatliche Kennzeichnung würde die hier geschaffene Ordnung zerstören.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> forsa-Befragung im Auftrag der ITW, 2017 <sup>2</sup> Studie der Hochschule Osnabrück, 2019

### SUBSIDIARITÄT UND LEISTUNGS-FÄHIGKEIT DER WIRTSCHAFT



Herr Steiger, die Ampel-Regierung ist nun seit einem Jahr im Amt. Die Parteien warben damals damit, dass nun eine Zeitenwende und ein Umbruch etablierter Politik bevorstehen. Was ist daraus geworden?

Steiger: Seit dem Antritt der neuen Bundesregierung 2021 erleben wir eine Zeitenwende in Deutschland, das ist vollkommen richtig. Allerdings ist damit nicht die von Bundeskanzler Olaf Scholz angepriesene Zeitenwende deutscher Verteidigungs- und Sicherheitspolitik gemeint oder die große Energiewende, sondern viel eher ein sich verändernder Anspruch an unsere Unternehmen sowie deren Aufgaben und Daseinsberechtigung. Der Unternehmer gilt heute nicht mehr als Arbeitgeber oder Stabilisator beispielsweise ländlich geprägter Räume. Er ist vielmehr ein Umweltverschmutzer oder ein profithungriger Akteur. Um dieser vermeintlich angenommenen Charaktereigenschaft entgegenzuwirken, erleben wir zunehmend einen Anstieg an Eingriffen in den Markt.

### Wie ist das zu verstehen?

Steiger: Mit dem neuen Lieferkettengesetz beispielsweise, sind die Unternehmen nun in der Pflicht Menschenrechtsstandards in ihren Zuliefererstaaten zu kontrollieren und sicherzustellen. Die Sorgfaltspflichten der Unternehmen erstrecken sich grundsätzlich auf die gesamte Lieferkette – vom Rohstoff bis zum fertigen Verkaufsprodukt. Für mittelständische Unternehmen ist das eigentlich nicht zu leisten. Mit dem Eintreten der Coronapandemie und der russischen Invasion in der Ukraine schwebt die Forderung einer zusätzlichen Steuer, der sogenannten Übergewinnsteuer bzw. Zufallssteuer, wie ein Damoklesschwert über uns. Eingriffe in den Markt und in die Unternehmen selbst sind keine Seltenheit mehr. Quoten, Labels und Rufe nach Verstaatlichungen bestimmen inzwischen die Wirtschaftspolitik. Es besteht eine Mentalität, die Unternehmen und deren Innovation nach einer selbst definierten Moral in eine bestimmte Richtung zu erziehen.

Leitlinien vorzugeben, nach denen sich die Unternehmer und Menschen zu richten haben?

Steiger: Leitlinien ja, aber was wir derzeit erleben, sind keine Leitlinien. Es sind starke Eingriffe in den Markt und in die Handlungsfreiheit der Unternehmen. Lassen Sie mich das kurz konkretisieren.

Es hat den Anschein, dass das Prinzip der Subsidiarität bei all den Vorhaben, Forderungen sowie bei der Gesetzgebung der Bundesregierung in den Hintergrund geraten ist. Dabei ist das Prinzip der Subsidiarität ein grundlegendes Fundament staatlichen Handelns und ein Kernelement der Sozialen Marktwirtschaft. Das Prinzip der Subsidiarität erlaubt den höheren staatlichen Institutionen nur einzugreifen, wenn die niedrigeren Ebenen, bspw. Kommunen, Bundesländer oder das Individuum, alle Möglichkeiten ausgeschöpft haben - diese aber nicht ausreichen. Erst dann soll der Staat eingreifen und korrigierende Marktmechanismen ergreifen. Ganz nach dem Prinzip: So viel wie möglich und so wenig wie nötig.

Die Bedeutung der Subsidiarität ist dem Lateinischen "Subsidium" entlehnt und bedeutet "Hilfe" oder "Reserve" und ist damit auch selbsterklärend.

### Können Sie das an einem konkreten Beispiel verdeutlichen?

Steiger: Nun, inzwischen gibt es viele Beispiele. Der jüngst vorgestellte Gesetzentwurf zur Tierhaltungskennzeichnung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft verdeutlicht die Problematik hervorragend.

## BEI DEM STAATLICHEN TIERWOHLLABEL HANDELT ES SICH NICHT UM EIN SUBSIDIUM, SONDERN AUSSCHLIESSLICH UM EINEN EINGRIFF IN DEN MARKT.

Zudem ist eine Hilfe überhaupt nicht notwendig, da durch Institutionen wie die Initiative Tierwohl über gesetzliche Standards hinaus Maßnahmen zum Wohl der Nutztiere in Deutschland bereits existieren. Sie kontrolliert und vergibt Produktsiegel und stellt damit einen Garanten für Tierwohl und Verbraucherschutz dar. Seit 2015 geht die Initiative Tierwohl dieser Tätigkeit nach und hat seitdem die Qualität und Sicherheit gefördert, ohne dass ein staatliches Zutun notwendig war. Kurzum, wir haben in Deutschland bereits diesen Standard. Das, was das BMEL vorgestellt hat, ist bestenfalls mangelhaft. Es ist zudem lückenhaft und birgt große Risiken. Dies wird beispielsweise deutlich, indem der Gesetzentwurf nur für frisches Fleisch von Mastschweinen gilt, wobei Sauenhaltung

und Ferkelzucht nicht miteinbezogen sind. Ein Rückschritt zum bereits bestehenden Konzept! Warum die staatlich verpflichtende Tierhaltungskennzeichnung nur einen Teilbereich der Nutztierhaltung berücksichtigt, ist nicht ersichtlich. Zu erwarten ist allerdings, dass das Tierwohl-Niveau der Nutztierhaltung in Deutschland rasant schrumpft. Hier wird auf Kosten des Tierwohls aktionistische Grünenpolitik betrieben. Gleichzeitig wird deutlich, dass auf zwanghafte Weise versucht wird, staatsdirigistische Maßnahmen zu ergreifen, obwohl es offensichtlich ist, dass dies nicht notwendig ist. Selbst das Prinzip der Subsidiarität würde keine Anwendung finden, da per Definition kein Versagen des Marktes vorliegt.

Die Ampel-Regierung wird voraussichtlich noch drei Jahre regieren.
Das bedeutet, die nächsten drei Jahre wird diese Art des Regierens weiterverfolgt.
Das wird sicherlich Folgen haben.
Wie sehen Sie das?

Steiger: In der Tat, wir müssen uns gut organisieren und dagegen halten. Sonst wird es drastische Folgen nach sich ziehen. Deutschland ist wie kaum ein anderes Land auf der Welt fest in die globalen Wertschöpfungsketten und Warenströme eingebunden. Mit einem Umsatz von rund 1,1 Milliarden Euro ist der Großhandel nach Industrie und Handwerk Deutschlands zweitstärkster Wirtschaftszweig. Im Groß- und Einzelhandel sowie der Ernährungswirtschaft sind rund sechs Millionen Menschen beschäftigt. Der Gesetzgeber hat die Lebensmittelwirtschaft in den letzten Jahren immer stärker reglementiert. Eine Vielzahl von Gesetzen, Regeln, Vorschriften, Verordnungen und Richtlinien haben den unternehmerischen Spielraum auf nationaler und europäischer Ebene kontinuierlich

eingeschränkt. Kaum eine Branche ist heute stärker reguliert.

### DIESES GESETZ FESTZU-SCHREIBEN, WÜRDE BE-DEUTEN, DASS DEUTSCHE UNTERNEHMEN EINEN ER-HEBLICHEN WETTBEWERBS-NACHTEIL GEGENÜBER GLOBALEN WETTBEWER-BERN HÄTTEN.

Denn die zuständigen deutschen Behörden werden ausländische Betriebe nicht kontrollieren dürfen. Die Produktionskosten würden erheblich gesteigert. Die ohnehin schon überbordende Bürokratie ebenfalls. Eine rechtssichere Überprüfung von Unternehmen, insbesondere im Mittelstand, ist schlicht nicht darstellbar. Mir fehlen die Weitsicht der Gesetzesvorhaben und die Abwägung, welche Auswirkungen das auf unsere mittelständischen Unternehmen haben wird.

Der Gesetzentwurf stellt keine Hilfe dar, sondern wird voraussichtlich die ohnehin schon angespannte Ausgangslage der Ernährungswirtschaft noch weiter verschärfen. Niemand in Deutschland stellt sich gegen das Tierwohl. Aber gerade weil es sich um Tiere, also um Lebewesen handelt, ist die Politik gut darin beraten, mit Bedacht und Sachverstand zu agieren und nicht auf Druck grüner Wählerklientel Wahlkampf zu betreiben.



### **INNOVATIONSPREIS**

Innovationspreis Tierwohl zum dritten Mal verliehen

Herausragende Projekte von drei Schweinehaltern haben 2022 den Innovationspreis Tierwohl erhalten: Der "Schweine-Krankenwagen" der Familie Luiten-Vreeman aus NRW bringt pflegebedürftige Tiere stressfrei in die entsprechenden Buchten. Familie Schneider aus Hessen kombiniert Stall- und Freilandhaltung. Jan-Hendrick Hohls aus Niedersachsen hat ein ganzheitliches Stallkonzept entwickelt, das die Haltung mit Ringelschwanz ermöglicht. Die ITW verleiht den Preis seit 2019 für Ideen und Ansätze, die das Tierwohl-Niveau auf innovative Weise verbessern.

### **AUSTAUSCH**

Politikfrühstück und Grüne Woche in Berlin

Die Initiative Tierwohl sucht stets den Austausch mit Politik und Wirtschaft, um gemeinsam einen Blick nach vorne zu richten und zukunftsorientierte Lösungen zu entwickeln. Daher fand in diesem Jahr unter anderem ein Politikfrühstück im Bundestag statt. Außerdem freuen wir uns auf den Austausch mit Politikern anlässlich der Internationalen Grünen Woche im Januar des kommenden Jahres in Berlin. Hier ist die ITW erstmals seit der Pandemie wieder mit einem Messestand vor Ort. Politiker und Interessierte finden uns in Halle 3.2, Stand 113.

### **FORSA-BEFRAGUNG**

Verbraucher vertrauen Haltungsform-Kennzeichnung

68 Prozent der Verbraucher kennen die Haltungsform-Kennzeichnung im deutschen Lebensmitteleinzelhandel, 89 Prozent finden sie gut oder sogar sehr gut und 76 Prozent glauben, dass sie zu einem bewussteren Einkaufsverhalten führt, bei dem auf das Tierwohl geachtet wird. Das sind die Ergebnisse der repräsentativen forsa-Befragung, die im Auftrag der Initiative Tierwohl durchgeführt wurde. "Das sind hervorragende Ergebnisse für die Haltungsform-Kennzeichnung. Die Deutschen kennen und vertrauen ihr eindeutig", sagt ITW-Geschäftsführer Robert Römer.

### **IMPRESSUM**

### Herausgeber:

Gesellschaft zur Förderung des Tierwohls in der Nutztierhaltung mbH Schedestraße 1–3 53113 Bonn

### V.i.S.d.P.:

Robert Römer und Dr. Alexander Hinrichs Tel. +49 (0) 228 336485-0

### Ansprechpartner:

Dr. Patrick Klein Tel. +49 (0) 228 336485-360 E-Mail patrick.klein@initiative-tierwohl.de

